

forum



Wurzel des Glaubens

Auch dieses neue Jahr 2015 hat wieder mit vielen blutigen Auseinandersetzungen weltweit begonnen. Die Gewalt nimmt immer mehr zu, auch hier in Deutschland.

Das Titelfoto zeigt aus diesem Anlass gleich zwei Objekte unterschiedlicher Künstler im Riehler Skulpturenpark in Köln, die gegen Militarisierung und Gewalttätigkeit stehen.

Im Vordergrund zu sehen die Stahlkonstruktion „Racine du Naos“ des amerikanischen Bildhauers Mark di Suvero, die 1996 entstand. Seine tonnenschweren Objekte vermitteln trotz ihrer Größe eine Leichtigkeit und folgen einer räumliche Dynamik. Seine Werke sind in den Sammlungen der wichtigsten internationalen Museen und mit weit über 100 Großskulpturen auf öffentlichen Plätzen in aller Welt vertreten. Seit den 1950er Jahren arbeitet di Suvero mit seinen abstrakten Werken gegen das Kunst-Establishment und steht für politische Inhalte in der Kunst. Die Teilnahme an Protesten für Bürgerrechte und gegen den Vietnam-Krieg in Washington prägten bereits sein Frühwerk und ließen ihn zum Aktivist für Frieden und soziale Gerechtigkeit werden. Seinen wuchtigen Konstruktionen liegen philosophische Gedankengänge zugrunde und selbst die Titel seiner Werke spielen mit Konstruktionen etymologischer Deutungen. So bezeichnet „Naos“ nicht nur den antiken griechischen Tempel, sondern wird im Griechischen immer noch für Orte religiöser Handlungen verwandt, ganz gleich ob Synagoge, Moschee oder Kirche. Die „Wurzel des Glaubens“ als Ursprung allen menschlichen Handelns. Der mittlerweile über 80jährige bringt auf den Punkt, was er mit seinen Großskulpturen vermitteln möchte: „Symbolische Konstruktionen - wie Sprache, wie Mathematik, wie Kunst - können in uns einen Sinneswandel bewirken. Sie lassen uns wachsen. Wir teilen die Sprache. Wir teilen die Mathematik. Die Kleidung, die wir tragen, haben wir wahrscheinlich nicht genäht. Die Nahrung, die wir essen, haben wir nicht wachsen sehen. Wir sind abhängig von anderen Menschen. Wir leben in einer gemeinsamen Welt.“



Das zweite Objekt des Titelfotos, ein Helikopter, löst unterschiedlichste Assoziationen in uns aus; zum einen kann es der helfende Rettungshubschrauber sein, der zu sonst unerreichbaren Regionen vordringen und so Menschen in höchster Not bergen kann. Zum anderen existiert aber auch der Hubschrauber, der für militärische Zwecke eingesetzt wird und in uns das Bild des Hubschraubers, der zwischen Bergen und Wüste Sand aufwirbelnd nach verdächtigen Personen sucht, ins Gedächtnis ruft. Der Hubschrauber, eine Arbeit von Michael Sailstorfer aus dem Jahre 2009, trägt den Titel „Hoher Besuch - Köln“. Der Titel präsentiert uns den Hubschrauber als Symbol der Macht und des Einflusses. Hier kann die Frage gestellt werden: Wie und von wem werden wir beeinflusst und gelenkt?

Text und Titelfoto von Jutta Jilg

INHALT

Nr. 1/2015

IMPRESSUM

HERAUSGEBER GEW Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln

Erscheint fünfmal im Jahr
Bezugspreis 1,25 Euro.
Für GEW-Mitglieder ist der Bezug im
Mitgliedsbeitrag enthalten.
Leserbriefe geben nicht in jedem Fall
die Meinung der Redaktion wieder.

REDAKTION Klaus Minartz (verantwortlich)
Martina Brauckmann-Kleis
Jutta Jilg
Wolfgang Hardenacke
Helga Löbbert

GESCHÄFTSSTELLE

Montag bis
Donnerstag 10.00 bis 16.00 Uhr
Freitag 12.00 bis 16.00 Uhr

Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46

Homepage www.gew-koeln.de
E-Mail kontakt@gew-koeln.de

Konto
SEB
IBAN DE03 3701 0111 1320 7321 01

DRUCK Zimmermann, Köln

DTP Thomas Sommerkamp,
Essen



Redaktionsschluss
13. Februar 2015

TELEFONISCHE RECHTSBERATUNG

0221 516267

Montag und Donnerstag
17.00 bis 19.00 Uhr
und nach Vereinbarung

In den Ferien:
Landesrechtsschutzstelle

0201 2940337

zum Titelbild: Wurzel des Glaubens	2
Impressum und Inhalt	3
Tarifpolitik	4
Inklusion	
GU in der Grundschule	7
Zwischenbilanz	8
Courage gegen Rassismus	10
Fachgruppen und Arbeitskreise	12
HIB	14
Internationaler Frauentag	17
Neues aus dem Personalrat: Wiedereingliederung	19
Rechtsberatung	21
Aktive Ruheständler	22
Schwarzes Brett	24
Glosse	27

Auf unserer Kölner Internet-Seite www.gew-koeln.de oder auf www.gew-nrw.de sind aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Nach der Eingabe des Benutzernamens (mit großem Anfangsbuchstaben) und der Mitgliedsnummer (sie hat 10 Ziffern und beginnt in NRW mit einer 4, sie steht auf dem Mitgliedsausweis oder auf dem Adressaufkleber der NDS) stehen alle Daten vollständig zur Verfügung. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben ab Nr. 5/2004 als pdf-Datei heruntergeladen werden.

5,5 Prozent mehr Gehalt und Tarifvertrag für angestellte Lehrkräfte

Eine Gehaltserhöhung von 5,5 Prozent, mindestens jedoch 175 Euro für die im öffentlichen Dienst der Länder Beschäftigten und einen Tarifvertrag für die angestellten Lehrkräfte - mit dieser Forderung geht die GEW in die Länder-Tarifrunde im Frühjahr 2015.

„Der öffentliche Dienst darf nicht weiter von der Lohnentwicklung in der Wirtschaft abgekoppelt werden. Im Gegenteil: Die sich öffnende Schere muss geschlossen werden“, forderte die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe während einer Pressekonferenz der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Berlin. Tepe stellte klar, dass es für die GEW von ebenso entscheidender Bedeutung sei, dass der Einstieg in die tarifliche Eingruppierung der 200.000 angestellten Lehrkräfte gelinge. „Der tarifpolitische Skandal, dass es für die größte Beschäftigtengruppe im öffentlichen Dienst der Länder keinen Tarifvertrag gibt, muss endlich beendet werden“, betonte die GEW-Vorsitzende. Erst wenn die Eingruppierung nicht länger den einseitig von den Arbeitgebern diktierten Richtlinien folge, könnten die Gehälter der angestellten Lehrkräfte in freien kollektiven Verhandlungen vereinbart werden.

Eingruppierung im Rahmen der Tarifrunde lösen. Deshalb verhandelt die GEW vor der Tarifrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) über die Struktur einer künftigen Lehrkräfte-Entgeltordnung (L-EGO). „Wir arbeiten daran, dass diese Gespräche bis zum Verhandlungsauftritt soweit abgeschlossen sind, dass die offenen Themen im Rahmen der Tarifrunde gelöst werden können“, sagte Tepe. Der Einstieg in die tarifliche Eingruppierung müsse auch materielle Verbesserungen für die Beschäftigten beinhalten. Viele Lehrkräfte seien viel zu niedrig eingruppiert, etwa weil sie ihren Abschluss in der ehemaligen DDR erworben haben oder an einer Schulform eingesetzt werden, die nicht ihrem Abschluss entspricht.

Tepe erinnerte die Länder an den lange gepflegten Grundsatz: „Besoldung folgt Tarif“. „Wir wollen ein gutes Tarifergebnis, aber es darf nicht sein, dass die Länder dann bei den Beamtinnen und Beamten sparen. Deshalb muss die Tarifierhöhung in allen Bundesländern zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden“, hob die GEW-Vorsitzende hervor.

Start am 16. Februar 2015

Am 16. Februar 2015 beginnen in Berlin die Tarifverhandlungen für die im öffentlichen Dienst der Länder Beschäftigten. Die zweite und dritte Verhandlungsrunde sind für den 26./27. Februar und den 16./17. März, jeweils in Potsdam, terminiert.

Viel hilft viel!

In dieser Tarifrunde geht's um viel:
Eingruppierung („EGO“), Lohnsteigerungen,
Geld, Wertschätzung.

Daher brauchen wir viele, die sich - falls
notwendig - aktiv an (Warn-)Streikaktionen
der Gewerkschaften beteiligen, um den
nötigen Druck aufzubauen -
jetzt mehr denn je!

Vom GEW-Stadtverband aus wollen wir eine
Telefonaktion durchführen, um die
KollegInnen direkt anzusprechen, sie zu
informieren und für Streiks zu
mobilisieren.

Viele helfen viel! - Meldet euch bitte unter
kontakt@gew-koeln.de, wenn ihr bei dieser
Telefonaktion mithelfen könnt.

Differenzen bei der Tarifeinheit

GEW Stellungnahme zum Entwurf eines Tarifeinheitsgesetzes:

„Eingriffe ins Streikrecht programmiert - Verfassungskonforme Lösung nicht in Sicht“

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hält den Referentenentwurf eines Tarifeinheitsgesetzes für nicht geeignet, das politische Ziel „Ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ zu erreichen. Dazu erklärte die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe am Dienstag in Frankfurt a.M.: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) weist in seiner Stellungnahme ausdrücklich darauf hin, dass eine Reihe von DGB-Gewerkschaften mit dem Entwurf nicht einverstanden ist. Die GEW lehnt den Entwurf der Bundesregierung ab. Der Gesetzentwurf programmiert Eingriffe in das Streikrecht. Das ist verfassungsrechtlich bedenklich, auch wenn diese auf die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte verlagert werden. Der Entwurf widerspricht zudem dem Grundsatz, dass jegliche Eingriffe in das Streikrecht oder die Tarifautonomie abzulehnen sind.“

Tepe warnte zugleich vor unerwünschten Folgen des Gesetzentwurfes: „Es droht ein regelrechter Tarifwettbewerb in den Betrieben und Verwaltungen. Durch Mitgliedschaftswechsel könnte dieser angeheizt und beschleunigt werden. Aufgrund zufälliger Mehrheiten könnten Betriebe und Verwaltungen aus den Flächentarifverträgen herausgebrochen werden. Das ist das Gegenteil dessen, was die Bundesregierung erreichen will. Wir brauchen mehr Solidarität in den Betrieben und eine höhere Tarifbindung der Arbeitgeber im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft.“

In der folgenden Stellungnahme des DGB wird deutlich, dass diese Bedenken von verdi und der NGG geteilt werden. Eine Mehrheit der Gewerkschaften im DGB teilt diese Befürchtungen allerdings nicht.

Der DGB-Vorsitzende zum Tarifeinheitsgesetz:

„Tarifeinheit hohes Gut, Gesetzentwurf muss nachgebessert werden.“

Der DGB begrüßt den Kerngedanken des Gesetzes, wonach über das Mehrheitsprinzip der Grundsatz „Ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ gestärkt wird. Die Tarifeinheit ist und bleibt für den DGB ein hohes Gut. Alle acht Gewerkschaften des DGB sind sich einig, dass der vorliegende Entwurf selbst keinen direkten Eingriff ins Streikrecht enthält.

Darüber hinaus haben allerdings drei Gewerkschaften - ver.di, NGG und GEW - Befürchtungen, dass es in der Folgewirkung über die Rechtsprechung bei Tarifvertragskollisionen zu einem Eingriff kommen kann. Diese Konfliktfälle müssen im Einzelfall betrachtet werden.

Das Arbeitskämpfrecht ist in Deutschland Richterrecht. Daran wird auch dieses Gesetz nichts ändern. Das Gesetz fordert primär dazu auf, dass die Gewerkschaften bei Interessenkonflikten gemeinsame Lösungen im Sinne von Tarifgemeinschaften finden. Damit greift die gesetzliche Regelung zur Tarifeinheit subsidiär, und nur dann, wenn es keine Verständigung zwischen konkurrierenden Gewerkschaften gibt. Darüber hinaus sehen alle Gewerkschaften in vielen Details des Entwurfs einen erheblichen Nachbesserungsbedarf, wie zum Beispiel beim Betriebsbegriff. Es kann nicht sein, dass sich Arbeitgeber die Betriebe so zurechtschneiden können, dass die jeweils gewünschte Gewerkschaft eine Mehrheit erhält. Dazu zählt auch die Frage, wie im Konfliktfall die Mehrheit festgestellt werden soll, und es fehlt eine Regelung, nach der alle allgemeinverbindlichen Tarifverträge bei einer Tarifkollision Vorrang haben. Ich gehe davon aus, dass unsere Anmerkungen zu den kritischen Punkten - noch bevor der Referentenentwurf ins Kabinett geht - Wirkung entfalten und diese Schwachpunkte ausgeräumt werden.

Tarifforderung für den Sozial- und Erziehungsdienst

Die GEW verlangt eine deutliche Steigerung der Bezahlung für alle sozialpädagogischen Fachkräfte und die Überarbeitung der Tätigkeitsmerkmale. Das hat der Koordinierungsvorstand der GEW heute beschlossen.

Der Koordinierungsvorstand der GEW, bestehend aus den Mitgliedern des Geschäftsführenden Vorstandes und den Landesvorsitzenden, hat am 11. Dezember 2014 die Forderungen der GEW für die Tarifverhandlungen mit der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) über eine Weiterentwicklung der Entgeltordnung für den Sozial- und Erziehungsdienst (EGO SuE) beschlossen. Die GEW verlangt eine deutliche Steigerung der Bezahlung für alle sozialpädagogischen Fachkräfte. Die Stufenlaufzeiten der „S-Tabelle“ sollen den Stufenlaufzeiten der allgemeinen Entgelttabelle zum TVöD angeglichen werden. Einschlägige Berufserfahrung muss in vollem Umfang auf die Erfahrungsstufen angerechnet werden, unabhängig davon, bei welchem Arbeitgeber sie erworben wurde. Des Weiteren soll in den Verhandlungen erreicht werden, dass die Eingruppierung von Kita-Leitungen nicht mehr allein von der Zahl der Plätze abhängig ist und deren Eingruppierung nicht unter Entgeltgruppe S 11 beginnt. Höhergruppierungen sollen stufengleich unter Anrechnung der erreichten Stufenlaufzeit erfolgen. In die Entgeltordnung sollen zudem zusätzliche Tätigkeitsmerkmale für Schulsozialarbeiter/innen, Fachberatung und Kindheitspädagog/innen aufgenommen werden.



Gemeinsames Lernen in der Grundschule

Ein persönliches Resümee von Martina Schütte

Seit 25 Jahren bin ich nun als Sonderpädagogin im Schuldienst von NRW: 15 Jahre an der damaligen „Sonderschule“ für Erziehungshilfe und seit 10 Jahren im gemeinsamen Lernen an Grundschulen. Die Feststellung einer ehemaligen Kollegin, dass die SchülerInnen der Sonderschule untereinander leiden und keine geeigneten Vorbilder finden sowie meine eigene zunehmende Überlastung machten eine Veränderung notwendig. Zumal ich, im Gegensatz zum Glauben vieler RegelschulkollegInnen, so gut wie nie in einem Team arbeiten konnte, was ich nach wie vor als unabdingbar empfinde: ich war als Klassenlehrerin als Einzelkämpferin unterwegs.

An der Grundschule wurde dies anders, ich konnte mit wechselnden KollegInnen zusammenarbeiten und wir haben sehr viel voneinander gelernt. Die vielen neuen Förderschwerpunkte wie Hören und Kommunikation, Sprache, Körperlich-Motorische und Geistige Entwicklung waren für mich eine Herausforderung, der ich mich immer wieder neu gestellt habe. Die Fort- und Weiterbildung hierzu musste ich mir in der Regel selbst organisieren und durch private Kontakte und viele persönliche Gespräche mit SonderpädagogInnen konnte ich mir entsprechende differenzierende Unterrichtsmaterialien zusammenstellen. Oftmals waren und sind diese nur für einzelne SchülerInnen nutzbar, weil ich in der Klasse für so viele unterschiedliche Förderschwerpunkte mitplanen muss.

Nicht umsonst stellen viele KollegInnen fest: seit ihrem Einsatz im GL arbeiten sie wesentlich mehr als vorher. Zur Verdeutlichung: Zurzeit bin ich mit meinen 10 Unterrichtsstunden in 3 verschiedenen Klassen und zwei Unterrichtsstufen eingesetzt. Ich plane den gesamten Wochenunterricht von 2 Kindern mit Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung und versuche in der gleichen Klasse die Differenzierung für zwei Kinder mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf Lernen und Hören und Kommunikation zu realisieren. In der anderen Stufe biete ich in

zwei Gruppen Wahrnehmungsförderung sowie Förderung der phonologischen Bewusstheit an.

Dies sind jedoch nur meine unterrichtlichen Tätigkeiten, darüber hinaus haben die GrundschulkollegInnen vielfältige Fragen und Beratungsbedarf, um in der übrigen Zeit allen Kindern der Klasse gerecht zu werden, denn unsere Doppelbesetzung bezieht sich momentan auf 6 Stunden in der Woche.

In unserem Stundenplan sind selbstredend nicht die Teamstunden verankert, die GrundschulkollegInnen und SonderpädagogInnen mindestens 1-2 Stunden wöchentlich durchführen, um Absprachen über Unterrichtsinhalte zu treffen und pädagogische Fragen zu besprechen. Hinzu kommen die wöchentlichen Einweisungen der Schulbegleiter und Teamsitzungen mit ihnen und natürlich die enge Verzahnung mit der OGS, welche ebenfalls eine regelmäßige Besprechungszeit erfordert. Auch wir SonderpädagogInnen kommen zu monatlichen Teamsitzungen zusammen, um unsere Arbeit mit den Kindern und KollegInnen zu reflektieren, Probleme zu klären und unseren Unterricht zu optimieren.

Zu meinen weiteren Aufgaben als Sonderpädagogin gehören auch die Teilnahme am Arbeitskreis „Gemeinsames Lernen“, an den Treffen der so genannten „AO-SF“- Beauftragten, die schulinterne Organisation der kollegialen Fallberatung, Gespräche mit Ärzten, Therapeuten und weiteren außerschulischen Beratungsstellen, die Erstellung und Entwicklung von Unterrichtsmaterial, die Erstellung und Fortschreibung der Förderpläne und vieles mehr.

All dies findet in einer räumlichen Situation statt, die keineswegs dafür geeignet ist:

Differenzierungsunterricht muss auch schon mal auf zugigen Fluren stattfinden, da keine Nebenräume vorhanden sind, Besprechungsräume fehlen, da nachmittags die OGS die Klassenräume nutzt, Fachräume wie eine Küche oder eine angemessene Werkraumausstattung für den lebenspraktischen Unterricht, der für unsere veränderte Schülerschaft dringend notwendig ist, fehlen gänzlich – sie sind schlichtweg für die Grundschule nicht vorgesehen, ebenso wie Rückzugsräume für SchülerInnen und LehrerInnen,

die mittlerweile teilweise von 8 -16 Uhr in der Schule verweilen.

Jetzt kommt auch noch die im neuen Schulgesetz vorgesehene Stellenbudgetierung für den Bereich der Lern- und Entwicklungsstörungen (LES) auf uns zu, die bislang an den meisten Grundschulen in Köln noch nicht angekommen ist. Für das Schuljahr 2015/ 2016 wird es aber laut Auskunft der Schulaufsicht Veränderungen bei der Besetzung mit SonderpädagogInnen geben. Noch gibt es hierzu allerdings keine konkreten Aussagen.

Auch wenn es nicht so scheint: Ich arbeite immer noch sehr gern im Gemeinsamen Lernen der Grundschule, denn ich beobachte täglich wie Kinder voneinander profitieren sowohl im fachlichen als auch besonders im emotional-sozialen Bereich.

Von Inklusion mag ich allerdings immer weniger reden, da dies für mich ein nicht endender Veränderungsprozess mit der zunehmenden Teilhabe aller SchülerInnen ist, wobei Barrieren in Bildung und Erziehung auf ein Minimum reduziert werden sollen und auch alle an Schule beteiligten Personen mitgedacht werden müssen (siehe Index für Inklusion). Davon scheinen wir noch weit entfernt, wenn ich wie oben meine eigene Situation und die meiner KollegInnen durchleuchte.

Es gilt mehr denn je: die erforderlichen Rahmenbedingungen müssen verbessert werden – die GEW hat hierzu bereits vielfältige Vorschläge gemacht - andernfalls wird das Ziel Inklusion durch die Sparpolitik vor die Wand gefahren!

Informationen zur Inklusion auf der Homepage der Stadt Köln:

www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/bildung-und-schule/inklusion-foerderung/

www.stadt-koeln.de/leben-in-koeln/bildung-und-schule/inklusion-foerderung/beratung-fuer-eltern#

Zwischenbilanz

Entwicklungsprozess der Inklusion an Kölner Schulen im Sommer 2014

Anmerkung der Redaktion:

Wir dokumentieren hier die Antwort der Gruppierung „Eltern/Betroffene“ auf die Frage, die auf der Basis einer kritischen Bewertung der bisherigen Entwicklung in Köln auf die Perspektive des Inklusionsprozesses zielt. Die Zwischenberichte auch anderer Gruppen des Beirates findet man im Internet unter <http://www.stadtkoeln.de>

Dieser Beirat begleitet die Kölner Inklusionsentwicklung. Die oben genannte Gruppierung setzt sich zusammen aus Elterninitiativen, der Stadtschulpflegschaft, der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, Integrationsrat: Günter Bell, Behindertenbeauftragter der Stadt Köln; Ullrich Trapp, Stadtschulpflegschaft; Annette Kellinghaus- Klingberg, Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik; Eva Thoms, mittendrin e.V.; Wolfgang Blaschke, mittendrin e.V.; Stephanie Stangier, Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, mittendrin e.V.

Die GEW Köln ist auch im Beirat vertreten. In ihre Zwischenbilanz als Teil der Gruppe „Schulen“ (Schulen, Schulaufsicht, Personalrat Grundschulen, AK Inklusion/GEW, Bezirksschülervertretung) sind die Ergebnisse ihrer zweiten Inklusionstagung eingegangen. Die Dokumentation dieser Tagung mit wertvollen Hilfen und Anregungen sind auf der Homepage www.gew-koeln.de zu finden. Auf der rechten Seite der Startseite muss man dazu unter „top Thema“ scrollen, bis man auf das Logo „all together now“ kommt.

„Wie wird der Entwicklungsprozess der Inklusion in den Kölner Schulen eingeschätzt?“

Die Entwicklung des Gemeinsamen Lernens in Köln verläuft rasant, was die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf an allgemeinen Schulen betrifft und auch was die Zahl der Schulen betrifft, die Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf aufnehmen. Zu fragen ist jedoch, warum im Rahmen der inklusiven Entwicklung gleichzeitig die Förderquote

steigt. Zu fragen ist vor allem, ob die Möglichkeit gemeinsamen Lernens tatsächlich schon für Schülerinnen und Schüler aller Förderbedarfe besteht. Im weiteren Prozess muss dringend darauf geachtet werden, dass inklusive Bildung in Köln potenziell alle Kinder und Jugendlichen mit Behinderung erreicht und nicht nur diejenigen mit Lern- und Entwicklungsstörungen. In diesem Zusammenhang vermischen wir eine transparente und detaillierte Darstellung und Auswertung des Aufbauprozesses der inklusiven Bildung in Köln. Dazu gehört eine Kommunikation der Schwerpunktschulen („GU-plus-Schulen“) und der künftig neu entstehenden Schwerpunktschulen ebenso wie eine Auswertung der Ströme von Schülerinnen und Schülern aus dem exkludierenden System in die inklusiven Schulen - unter besonderer Berücksichtigung der Schülerinnen und Schüler mit Schwerbehinderung. Ohne eine solide Datenbasis sind gezielte Nachsteuerungen im Aufbauprozess nicht möglich.

Angesichts der angesprochenen rasanten Entwicklung des gemeinsamen Lernens stellt sich die Frage, wie die pädagogische Qualität in den Schulen gesichert werden kann. Sowohl von Seiten der Stadt Köln (RBB) als auch von Seiten der Schulaufsicht kann den „neuen“ Schulen bisher nicht genügend Unterstützung an die Seite gestellt werden.

Zu beobachten ist, dass Schulen ohne ausgereifte inklusive Konzepte beginnen.

Eklatant und unverständlich ist, dass es bisher nicht gelingt, die umfangreichen Erfahrungen der traditionellen Kölner GU-Schulen für die neu beginnenden Schulen nutzbar zu machen und stattdessen ohne Fachkenntnis neue Modelle geschaffen werden. So führt die offenbar weit verbreitete Neigung, Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf möglichst breit auf alle Klassen zu verteilen, notwendigerweise zur Vereinzelung und zur ungenügenden Förderung der Betroffenen.

Die Fortbildungen von Seiten der Landes NRW erreichen längst nicht alle Schulen. Zudem liefern diese Fortbildungen zwar Einblicke in sonderpädagogische Förderung. Doch es fehlt offenbar an Konzepten

für eine generelle inklusive Unterrichtsentwicklung ebenso wie für Teamstrukturen und zum Sozialen Lernen. Eine professionelle Prozessbegleitung steht den meisten Schulen nicht zur Verfügung. Dies führt dazu, dass Inklusion von vielen beginnenden Schulen immer noch als „zusätzliche Aufgabe“ begriffen wird, die man weitgehend auf zugeordnete sonderpädagogische Lehrkräfte übertragen zu können meint. Eine umfassende inklusive Schulentwicklung findet längst nicht überall statt. Erstaunlich ist angesichts der tatsächlich schnellen zahlenmäßigen Entwicklung des Gemeinsamen Lernens, dass das Thema Inklusion in den Schulen, in Elternkreisen, in Kindertagesstätten noch immer nicht präsent ist. Hier fehlt es an Werbung und an Informationsangebot. Eltern von Kindern mit Behinderung haben kaum niederschwellige Möglichkeiten, sich mit Fragen der inklusiven Bildung auseinander zu setzen. Gerade Eltern schwer behinderter Kinder, die auf eine vorausschauende Beratung in Bezug auf die Möglichkeiten und die Bedingungen des Gemeinsamen Lernens und auf Ermutigung angewiesen sind, wird diese nicht angeboten. Stattdessen findet immer noch eine inoffizielle „wilde“ Beratung in Richtung Förderschule statt, nach dem Muster: „Es gibt die Inklusion, aber für Ihr Kind ist das nichts.“ Dabei wird den Eltern die neue Rechtslage verschwiegen, nach der die Förderbedingungen für ihr Kind, wenn sie noch nicht vorhanden sind, geschaffen werden müssen.

Auch in den Schulen hat sich der Bewusstseinswandel besonders in Bezug auf die Kinder und Jugendlichen mit Schwerbehinderung noch nicht vollzogen. Es ist zu beobachten, dass auch Schulen des Gemeinsamen Lernens Schülerinnen und Schüler mit Schwerbehinderung mit Skepsis begegnen oder aus dem laufenden Schulbetrieb in Richtung Förderschule hinauskomplimentieren wollen. Die Möglichkeit sich Hilfe bei der Beschulung dieser Schülerinnen und Schüler zu holen, ist für diese Schulen offenbar nicht bekannt oder nicht erreichbar. Der Wechsel von einer Förderschule an eine allgemeine Schule ist, selbst mit dem neuen Rechtsanspruch zum 5. Schuljahr, für die Eltern der betroffenen Schülerinnen und



Schüler immer noch eine unübersichtliche und oft mit Schwierigkeiten und Widerständen gepflasterte Angelegenheit. Eine Beratung über diese Möglichkeit wird den Eltern nicht angeboten, sondern findet wenn überhaupt nur auf Anfrage statt.

Insgesamt ist die Gruppe der Betroffenen- und Elternvertretungen im Inklusionsbeirat froh über die inklusive Entwicklung der Schullandschaft in Köln, warnt aber davor, den Inklusionsplan als „Selbstläufer“ zu betrachten. Nach den ersten Erfahrungen sind umfangreiche Nachsteuerungen im Prozess notwendig, die vom Rat der Stadt Köln auch die Bereitstellung von Ressourcen verlangen. Die Stadt Köln hat sich mit dem Inklusionsplan in vorbildlicher Weise auf den Weg der inklusiven Schulentwicklung gemacht und ist damit ein Vorbild für andere Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Wenn die Stadt Köln mit diesem Vorstoß nicht scheitern will, muss sie jetzt im Sinne der Qualität nachsteuern. Dafür sind Ressourcen notwendig. Die Politik in Köln muss nun zeigen, dass sie im Sinne der Inklusion auch bereit ist Prioritäten zu setzen.

„Arsch huh“ Tausende demonstrierten gegen Rassismus



Mehrere tausend Menschen demonstrierten am 14.12.2014 in Köln gegen Rassismus und Rechtsextremismus. An dem Protestzug durch die Innenstadt beteiligten sich rund 15.000 Personen. Aufgerufen zu dem Protest unter dem Motto „Du bes Kölle- Kein Nazis he op unser Plätz!“ hatte der Verein „Arsch huh“, der sich seit über 20 Jahren gegen Rassismus und Ausgrenzung engagiert. Der Protestzug endete mit einer Kundgebung und Auftritten von bekannten Kölner Bands und Kabarettisten. Anlass der Demonstration waren unter anderem die Kundgebungen der islamfeindlichen Bewegung „Pegida“ in mehreren deutschen Städten und die Krawalle von Hooligans und Rechtsextremisten Ende Oktober in Köln. Unter www.arschhuh.de können die Reden zur Kundgebung noch einmal angehört und der Verein unterstützt werden.

Die GEW hatte ihre Mitglieder ebenfalls zur Teilnahme aufgerufen. Unser Transparent war der optische Aufmacher der Tagesschau und der Tagesthemen am Abend des 14. Dezembers.

Materialien für den Unterricht

„Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ ist ein Projekt des Vereins Aktion Courage e. V. und wurde in Deutschland im Juni 1995 unter dem Namen „Schule ohne Rassismus“ ins Leben gerufen. Aktuell erschienen ist das Infopaket „Interkulturelle Kompetenzen stärken“ mit den vier Themenheften:

- Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft
 - Islam und Ich
 - Rassismus Erkennen & Bekämpfen
 - Fatma ist emanzipiert, Michael ein Macho!? Geschlechterrollen im Wandel

Wie wollen wir zusammenleben?

Von der Antwort auf diese Frage hängt ab, ob Deutschland auch in Zukunft ein lebens- und liebenswertes Land bleibt. Ein Land, in dem die Freiheits- und Menschenrechte einen hohen Stellenwert haben. Gemeinsam mit Dutzenden von Jugendlichen, namhaften JournalistInnen und WissenschaftlerInnen hat die Bundeskoordination eine Reihe von Publikationen entwickelt. Sie liefern Hintergrundwissen zu Themen, die zwar viel diskutiert werden, zu denen es jedoch wenig geeignetes Material für Schulen gibt. Die Themenhefte können in unserer Geschäftsstelle eingesehen oder im Internet unter schule-ohne-rassismus.org direkt bestellt werden.

Blickpunkt

Auch das Themenheft „blickpunkt: Antimuslimischer Rassismus“ der DGB-Jugend beschäftigt sich mit der aktuellen Problematik. Beiträge zu den Punkten

- Gefährlich dumm! Wie antimuslimischer Rassismus funktioniert.
- Was ist antimuslimischer Rassismus? Eine kleine Definition.
- „Ist doch so!?“ Antimuslimischen Vorurteilen argumentativ begegnen.

bieten Hilfen zum Umgang mit dem Thema. Das Heft kann unter www.dgb-jugend.de/broschuren bestellt oder heruntergeladen werden.

Hilfe für syrische Flüchtlingskinder

Der Strom der Flüchtlinge aus Syrien in die Türkei nimmt nicht ab. Nach jüngsten Zahlen von Amnesty International leben in der Türkei inzwischen mehr als 1.6 Millionen syrische Flüchtlinge - Tendenz weiter steigend. Nur eine Minderheit hat das Glück, in Lagern der türkischen Regierung unterzukommen. Vor allem kurdischen Familien bleibt der Zugang zu den Flüchtlingslagern versperrt. Ihnen fehlt es an allem: Kleidung, Verpflegung, Decken, Unterkünfte. Besonders die Kinder leiden unter der winterlichen Kälte. Die türkische Lehrgewerkschaft Egitim Sen unterstützt die Flüchtlinge mit Zelten, Nahrung und Bekleidung. Freiwillige unterrichten die Kinder in Zelten. Das kostet Geld. Helfen Sie mit! Wir versichern, dass ihre Spende ohne Abzug bei den Flüchtlingen in der Türkei ankommt.

Heinrich-Rodenstein Fonds
SEB Bank Frankfurt/Main
IBAN: DE97 5001 0111 1707 2747 00
BIC: ESSEDE5F
Stichwort: Flüchtlingshilfe Türkei



Fortbildung Die Entwicklungen der extremen Rechten

„HoGeSa“ - „Pegida“ - „Kögida“

Die Ereignisse um die Initiativen HoGeSa und Pegida Ende 2014 und des Kölner Ablegers Kögida haben gezeigt, dass Rassismus und Intoleranz gegenüber EinwanderInnen, AsylbewerberInnen und Muslimen nicht nur Probleme der extremen Rechten sind. Ein Zusammenleben in Vielfalt und Toleranz wird besonders für Schulen und Jugendeinrichtungen auch in den nächsten Jahren eine Herausforderung sein.

Die ibs bietet seit vielen Jahren Workshops, Fortbildungen und Projektstage für Jugendliche und Erwachsene zu den Themen Rechtsextremismus und Rassismus an.

Auf der Fortbildung geben wir einen kurzen Überblick über die jüngsten Entwicklungen der extremen Rechten und ihre Anknüpfungspunkte zur politischen Mitte. Anschließend werden wir die Arbeit der ibs und einige praktische Übungen vorstellen.

Die Fortbildung richtet sich an alle interessierten KollegInnen, die die Themen Rechtsextremismus und Rassismus bei ihrer Arbeit mit Jugendlichen thematisieren wollen.

Mittwoch, 18. Februar 2015 um 19.00 Uhr im Großen Saal des Kölner DGB-Hauses

Referent

Patrick Fels (Politikwissenschaftler), arbeitet seit 2011 bei der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (ibs).

Bitte anmelden unter:
kontakt@gew-koeln.de

Bei allen Veranstaltungen der Fachgruppen und Arbeitskreise sind Interessierte aus anderen Schulformen und Bildungsbereichen herzlich willkommen.

Alle Veranstaltungen finden, wenn nicht anders angegeben, statt
im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1,

Fachgruppentermine, die nach Redaktionsschluss eingehen, sind im Internet zu finden unter
www.gew-koeln.de

FG Grundschule

Dienstag, 21.4.2015 um 19.00 Uhr
Tagungsraum
Wolfgang Raabe, Tel.: 02203/51342
Martina Schütte, Tel.: 02236/321318

FG Hauptschule

Sigried Pleyl-von Laer, Tel.: 0221/725604

FG Sonderpädagogische Berufe

Dienstag, 27.1.2015 um 19.30 Uhr
kleines Sitzungszimmer (1. OG)
Vorbereitung einer Veranstaltung zum Thema:
„Wie wirkt sich das Stellenbudget auf die Arbeitsbedingungen an Förderschulen und im Gemeinsamen Lernen aus“?
Heiner Brokhausen, Tel.: 02227/830567
Heinz-Jürgen Kaiser, Tel.: 0221/6161828

FG Gesamtschule

Dienstag, 20. Januar 2015 um 17 Uhr
im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1,
kleines Sitzungszimmer (1. OG)
Peter Heim, Tel.: 0221/743094
Werner Balfer, Tel.: 0221/745180

FG Realschule

Maria Backhaus 0221/16932167
Katrin Reininghaus 0221/331647
Elke Görgen-Schmickler 0221/419327

FG Gymnasium

Am Donnerstag, 5.2.2015 um 17 Uhr findet ein
Theaterpädagogischer Workshop für Referendare
statt (siehe Seite 26).
Dr. Alexander Fladerer, Tel.: 0221/422354
Andreas Haenlein, Tel.: 0221/9458678
Heike Wischmann, Te.: 0221/422354
Gudrun Skeide-Panek, Te.: 02232/29833

FG Berufskolleg

Mechtild Degen-Sieg, Tel.: 02236/322241
Dimitrios Konstantinidis, Tel.: 02175/8897946

FG Weiterbildung

Max-Georg Beier, E-Mail: maxbeier@hotmail.com

FG Kita

Brunhilde Seeber,
Tel.: 0163/9158338

AK LehrerInnen und ErzieherInnen von Migrantenkinder (LEMK)

Der Arbeitskreis LEMK trifft sich gemeinsam mit den Arbeitsgruppen HSU und Seiteneinsteigerklassen (Internationale Förderklassen) jeden 1. Montag im Monat. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Montag, 2.2.2015 um 17.00 Uhr
Tagungsraum (EG)
Birten Gündüz, Tel.: 0157-72776261
Hasan Taskale, Tel.: 02204-55869

AK Offener Ganzttag

Montag, 9.2.2015 um 18.00 Uhr
Tagungsraum (EG)
Max-Georg Beier, Hildegard Merten, Tel.:
0221/516267

AK Schulentwicklung

Klaus Minartz,
Tel.: 0221/526722

AK Inklusion

19.3. 2015 um 18.30 Großer Saal im DGB-Haus
Schwerpunktthemen: Vernetzung und „Inklusion und Administration“
Ulrike Müller-Harth, Tel: 0221/512687
Uschi Kellermann, Tel.: 0221/16846200

AK Schulsozialarbeit

Johannes Vogel, E-Mail: ijvogel@t-online.de
Lutz Schörken-Koch, E-Mail: luschko@web.de

AK Betriebsräte/ Mitarbeitervertretungen

Heiner Frey, Tel.: 02742/969493
Nina Goerges, Tel.: 0221/516267
Unsere Hotline für Betriebsräte und Mitarbeitervertretungen:
betriebsraete@gew-koeln.de ist jederzeit erreichbar.

AK Homosexueller Lehrerinnen und Lehrer

Wir treffen uns jeden 1. Donnerstag im Monat zum Austausch über die berufliche und persönliche Situation und alles, was mit dem Thema „Schwule und Schule“ zu tun hat. Wir sind auch offen für lesbische Lehrerinnen.

Bodo Busch, E-Mail: bodo.busch@netcologne.de
Björn Kiefer, E-Mail: b.kiefer1@gmx.de

Junge GEW/ GEW Studis Köln

Einladung zum Treffen am 10.2.2015 um 18h GEW im DGB-Haus, 1.Etage.

Inhaltliche Schwerpunkte:

LehrerInnenbildung - Praxissemester - Umsetzung der Hochschulgesetzesnovelle in Köln – Tarifrunde.

Martin Mackenbach: hib@gew-koeln.de

Eva Caspers, E-Mail: Zapata1984@web.de

Bitte kurze Anmeldung: kontakt@gew-koeln.de

FG Hochschule und Forschung

Da unsere Arbeitszeiten stark variieren, haben wir keinen festen monatlichen Termin. Auf Anfrage teilen wir euch aber gerne mehr über unsere Arbeit und/oder Ort und Datum des nächsten Treffens per E-Mail mit.

EINLADUNG

Diskussionsveranstaltung

Wie sind deine/unsere Arbeitsbedingungen?
Verhandlungen über den Kodex „Gute Arbeit“
an den Universitäten am 22.1.2015 und
29.1.2015

Wie können Maßnahmen aussehen, die für Hochschulmitarbeiter/-innen zu spürbar positiven Veränderungen ihrer Beschäftigungssituation führen können?

Bereits im November hatte die GEW Fachgruppe Hochschule und Forschung eine erste Diskussionsveranstaltung zu prekären Beschäftigungsbedingungen im Hochschulbereich organisiert. Daraus entstand die Idee, weitere Veranstaltungen zu den konkreten Problemlagen und Handlungsmöglichkeiten für verschiedene Beschäftigtengruppen zu organisieren. Ziel der beiden nun folgenden Treffen ist der gemeinsame Austausch über individuelle wie strukturelle Problemlagen ebenso wie die Diskussion konkreter Veränderungsmöglichkeiten. Die auf den beiden Treffen formulierten Bedürfnisse und Erfordernisse sollen an die Hochschulleitungen im Kontext der Verhandlungen über den Kodex „Gute Arbeit“ herangetragen werden.

Diskussionsveranstaltung für Lehrkräfte für besondere Aufgaben

Donnerstag, 22.01.2015 um 18.30 Uhr
Humanwissenschaftliche Fakultät, Frangenheimstraße,
Hörsaal H 162 (H 2)

Diskussionsveranstaltung für wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen

Donnerstag, 29.01.2015 um 18.30 Uhr
Hörsaalgebäude, Albertus-Magnus-Platz, Raum G
(Erdgeschoss links)

Hochschulangehörige anderer Statusgruppen sind bei der Diskussion selbstverständlich willkommen.

Kontakt zur Fachgruppe Hochschule und Forschung
Anne Klein, E-Mail: anne.klein@uni-koeln.de



Neues zum Auslaufen der Staats- examensstudiengänge fürs Lehramt

von Martin Mackenbach,
Hochschulinformationsbüro Uni

In der forum-Ausgabe 2/2014 berichteten wir über das Auslaufen der Lehramtsstudiengänge (Staatsexamen). Das Ende dieser altbekannten Studiengänge für das Lehramt regelt die Auslaufordnung der Universität zu Köln. Diese sieht vor, dass sich bis 31. Oktober 2015 alle Studierende des GHR-Studiengangs zum Abschlusskolloquium angemeldet haben müssen. Die übrigen Studiengänge haben ein Jahr länger Zeit. Für die, die diesen Termin nicht einhalten können, sieht die Auslaufordnung (bisher) nur eine Möglichkeit: Exmatrikulation.

Nachdem bisher ausgeschlossen war, in die Bachelor/Master-Studiengänge zu wechseln, gibt es zumindest in diesem Punkt neue Möglichkeiten. Der Wechsel ist wohl machbar, aber nur unter bestimmten Bedingungen. So sind unter anderem nicht alle bisherigen Fächerkombinationen möglich oder die höheren Fachsemester sind zulassungsbeschränkt.

Für viele Studierende kommt solch ein Wechsel nicht in Frage (Schreiben einer Bachelor-Arbeit und Absolvieren des Praxissemesters sind nur zwei Gründe, die gegen einen Wechsel sprechen) und daher regt sich Widerstand gegen das Auslaufen des Studiengangs Lehramt Staatsexamen an der Universität zu Köln. Neben einer Unterschriftensammlung gab es am 10. Dezember 2014 eine Kundgebung, in der folgende Forderungen vertreten wurden:

„Die Auslaufristen der Staatsexamenslehramtsstudiengänge müssen abgeschafft werden:

- weil Bildung und Wissenschaft zur Realisierung „einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt“ (Hochschulgesetz NRW) beitragen sollen. Dafür ist Zeit zum Lesen, Diskutieren und kritischen Reflektieren notwendig.
- weil die Bildung mündiger Persönlichkeiten und selbstbestimmtes, kooperatives Lernen durch Hetze und Konformitätsdruck behindert wird.
- weil Pädagogikstudierende die Möglichkeit haben müssen, sich umfassend und kritisch zu bilden, um Freude am Lernen, am Verstehen und Gestalten der Welt zu fördern, statt stupides Abarbeiten von vorgegebenen Anforderungen.
- weil die Fristen die Zeit für hochschulpolitisches und wei-

teres soziales Engagement, für den Besuch von Seminaren aus Interesse ebenso wie für Auslandssemester massiv einschränken.

- weil Schulen auf Lehrer*innen angewiesen sind, die sich Gedanken über deren Ausrichtung machen. Lehramtsstudierende sollten darin befördert werden, bildungsphilosophische Fragen zu stellen und sich selbst nicht bloß als ausführende Kräfte zu sehen, die dem Kultusministerium unterstellt sind. Deswegen sollte das Lehramtsstudium ein karrieredruckfreies, meinungsbildendes, kritikförderndes Studium sein. Student*innen aufgrund von Fristen durch ihr Studium zu hetzen, befördert, dass Lehrer*innen sich auf ihren Abschluss fixieren und nicht auf pädagogische Inhalte.

- weil die soziale Situation der Studierenden ignoriert wird. Es entsteht eine Benachteiligung von Studierenden, die neben dem Studium arbeiten, Kinder haben oder Angehörige pflegen.“ (Auszug aus dem Aufruf zur Kundgebung am 10. Dezember 2014)

Über die Forderungen und die Auswirkungen des Auslaufens der Staatsexamensstudiengänge sprachen wir mit Sonderpädagogikstudent Jan Burchard.

forum: Jan, in wie weit betrifft dich das Auslaufen der Staatsexamensstudiengänge?

Jan: Ich studiere selber noch Lehramt auf Staatsexamen. Bei mir sieht es allerdings so aus, dass ich mit den bisher abgelegten Prüfungen gute Chancen habe fertig zu werden. Trotzdem betrifft mich das. Allein das Wissen darum, dass, wenn etwas schief geht, bist Du raus, erfüllt mich mit Sorge. Auch wenn ich das Glück habe noch relativ früh mit dem Studium begonnen zu haben, sehe ich die Betroffenheit auch dann, wenn ich manche meiner KommilitonInnen sehe, die z.B. Kinder bekommen haben und damit in Verzug mit dem Studium gekommen sind und jetzt unter dem Druck des Auslaufens stehen...

Jan: Im Großen und Ganzen ist das Auslaufen des Studiengangs Lehramt Staatsexamen im Prozess der Bologna-Reform zu sehen: Nachdem erst die Diplom- und Magisterstudiengänge zu Bachelor/Master umgestellt wurden, bestand in Köln zum Sommersemester 2011 letztmalig die Möglichkeit sich für das Lehramt mit Staatsexamen einzuschreiben.

forum: Warum engagierst Du Dich gegen das Auslaufen der Studienordnung?

Jan: Ich habe nicht erst angefangen mich hochschulpolitisch zu engagieren, als das Thema aufkam. Ich bin schon mehrere Jahre in der Hochschulpolitik aktiv und habe schon mit mehreren Themen zu kämpfen gehabt. Das Thema der auslaufenden Studienordnung hat für mich einen anderen Stellenwert, da es mich persönlich betrifft. Und da es mich persönlich betrifft, bin ich auch inhaltlich tiefer drin, als in anderen Themen.

Ich engagiere mich an verschiedenen Stellen: Da gibt's zum einen die Studierendenvertretung an der Humanwissenschaftlichen Fakultät (StAVV) im Senat, wo ich als Vertretung dabei war und das Thema in die Senatssitzung eingebracht habe und an verschiedenen kleinen Stellen. Es ist ein Thema, bei dem man konkret an den Studienbedingungen arbeiten und Verbesserungen bewirken kann.

forum: Wurden Studierende von universitärer Seite über das Auslaufen der LPO informiert?

Jan: Ja, aber zum Teil viel zu spät. Ich bin drin in der Thematik und habe daher relativ früh mitbekommen, dass da was passiert, andere aber eben nicht. Richtig konkret wurde erst im Sommer 2014 darüber informiert. Alle vom Auslaufen betroffenen Studierenden bekamen einen Infobrief von der Uni, der für die, die bisher nichts von dem Auslaufen mitbekommen haben, wahrscheinlich schon zu spät war. Zwar muss man sich immer informieren, aber es gibt so viele Dinge über die man sich eigentlich informieren müsste. Es gibt immer Faktoren, die verhindern, dass Infos zu einem gelangen, sodass es auch in diesem Fall nachvollziehbar sein kann, wenn manche Leute dies nicht mitbekommen haben.

forum: Was sind möglich Gründe dafür, dass Studierende diese Fristen nicht einhalten (können)?

Jan: Ganz offensichtliche Gründe sind die Geburt von Kindern, Krankheit, Behinderung von Studierenden oder auch die Pflege von Angehörigen. Außerdem, nicht ganz so offensichtlich, haben viele Studierende ökonomischen Druck. Sie sind durch ihre Arbeit gehindert die Stunden leisten zu können, die vom Studiengang eigentlich gefordert sind. Außerdem sind viele Studierende sehr engagiert, sei es

inner- oder außeruniversitär, bei Dingen, die nicht nur auf die Studieninhalte ausgelegt sind. Den Blick nach links und rechts zu wenden und sich nicht nur auf das Studium zu fokussieren, ist mehr als legitim und wenn man dies lange macht kann dies auch auf Kosten des Studiums gehen – wenn man das so sagen kann. Ich sage jetzt selbst schon „auf Kosten des Studiums“. Man kann gar nicht sagen, was mehr wert ist und dass es falsch ist, Dinge dem Studium unter zu ordnen. Wer sich für ein Studium entscheidet, hat auch das Recht sich noch anderes umzuschauen und die Zeit dafür zu nutzen. Das sind alles Dinge, die man irgendwie schnell nachvollziehen kann und relativ offensichtlich. Hinzukommt aber auch so etwas wie Prüfungsangst. Wer es nicht schafft zu Klausuren anzutreten, kann sein Studium eben auch nicht abschließen oder nur unter erschwerten Bedingungen.

forum: Es gibt die Möglichkeit in den Bachelor/Master-Studiengang zu wechseln. Wie bewertest Du diese Möglichkeit?

Jan: Viele betrachten den Wechsel noch aus einer Ideologischen Sicht, der Bachelor sei minderwertiger als das Examen. Der Bachelor ist de facto keine ausreichende Voraussetzung für die zweite Ausbildungsphase im Lehramt und somit ist allein die Hürde des Wechsels in den Master ein Selektionsmodus, der vorher nicht vorhanden war.

Unabhängig von dieser ideologischen Sicht muss man sagen, dass es für viele keine adäquate Lösung wäre, da eine mögliche Anrechnung von bereits erbrachten Leistungen völlig unzureichend wäre. Ein Wechsel in den Master kann nicht sofort erfolgen, was auch nachvollziehbar ist, da keine vergleichbare Leistung wie die Bachelorarbeit erbracht wurden ist. Außerdem sind nicht mehr alle Fächerkombinationen möglich, die im Staatsexamen möglich waren, so dass der Wechsel in den Bachelor teilweise gar nicht reibungslos machbar wäre. Abgesehen davon gibt es keine Option, ein drittes Fach oder einen dritten Förderschwerpunkt zu studieren und dies ist eine zusätzliche Einschränkung.

Es mag Fälle geben, in denen jemand so wenig studiert hat, dass ein Wechsel sinnvoll sein kann, nur für

die breite Masse, und wir reden hier über mehrere tausend Studierende, ist dies keine glückliche Lösung.
forum: Welche Möglichkeiten siehst du noch, das Auslaufen der Studiengänge „moderater“ zu gestalten?

Jan: Von Seiten der Uni wurde nun signalisiert, dass es eigentlich kein Problem ist die Strukturen parallel laufen zu lassen. Das ist vorher schon beim Übergang vom Magister/Diplom in den Bachelor/Master passiert und teilweise jahrelang gelaufen. Die Veranstaltungen werden größtenteils dieselben sein für beide Seiten. Für die Lehrenden kann man es zwar einen Mehraufwand nennen, aber letztendlich, ob man jetzt alle durchprüfen würde oder im Laufe der Zeit die Leute vereinzelt ankommen, kommt auf das Gleiche hinaus und ist, glaube ich, auch zumutbar.

Ein anderes Thema sind die Landesprüfungsämter, die für die Staatsexamensprüfungen zuständig sind. Diese sollen geschlossen werden. Zurzeit gibt es noch eine Vielzahl an Geschäftsstellen des Prüfungsamtes. Dies muss nicht zwingend sein, aber der Betrieb könnte wahrscheinlich auch mit einem oder zwei weiter gehen. Es muss also nur eine Entscheidung getroffen werden, ob und wie weit eine Verlängerung der Studiengänge möglich ist und dann können auch da sicherlich Lösungen gefunden werden. Ob bis ins Unendliche, sei mal dahin gestellt, aber da es absehbar ist, dass es für viele schwierig wird, die Fristen einzuhalten, wäre eine Verlängerung um einige Jahre sicherlich sehr hilfreich.

forum: Wer ist für die Änderung der Auslaufordnung bzw. das Abschaffen dieser Ordnung zuständig?

Jan: Es ist relativ einfach in diesem Fall, denn anders als in früheren Fällen, hat nicht die Uni sondern das Land das Ende der Studiengänge beschlossen. Im LABG 2009 ist definiert, dass die alten Studiengänge maximal vier Semester über Regelstudienzeit weiterlaufen sollen. Es ist also klar, dass das Land die entscheidende Instanz ist. Ich bin kein Jurist, aber eigentlich müsste „nur“ der entsprechende Paragraph geändert werden. Schwierig wird das Ganze durch die vielen Beteiligten, die daran hängen: Allein zwei

Weitere Infos:
www.stavv.uni-koeln.de
 Facebook-Gruppe:

„Widerstand gegen das Auslaufen der LPO-2003“
 Kontakt zum HIB: hib@gew-koeln.de

Ministerien (Schul- und Wissenschaftsministerium) plus die genannten Akteurinnen, also die Uni, die anderen Hochschulen, wie die Sporthochschule oder die Musikhochschule, und die Landesprüfungsämter, die auch noch eine Rolle spielen.

Es ist halt deutlich, dass eine Menge Leute in erster oder zweiter Instanz damit zu tun haben.

forum: Wie ist das studentische Interesse an den Aktivitäten gegen das Auslaufen der Staatsexamensstudiengänge? Warum lohnt es sich für Studierende, sich zu engagieren?

Jan: Es zeigt sich, je deutlicher, je knapper, je klarer die eigene Situation wird, desto größer ist das Interesse und den Leuten wird nach und nach klar, was das für sie bedeutet, wenn sie nicht fertig werden. Dabei sind die Beteiligten nicht nur betroffene Personen, sondern auch Studierende aus anderen Studiengängen und Examensstudierende, bei denen jedoch absehbar ist, dass diese fertig werden.

Besonders deutlich wurde dies bei der Senatssitzung im Dezember: Da waren gut 60 Studierende mit im Senat, was eine sehr hohe Zahl ist und dazu geredet habe und durch die Anwesenheit die Relevanz für die Studierenden demonstriert haben. Es lohnt sich immer zu engagieren. Der Zug ist noch nicht abgefahren! Man weiß zwar nicht, was passiert, aber dass das Thema sang und klang los abgebügelt wird, ist gerade nicht meine Einschätzung der Situation. Man darf sich nicht zu viele Hoffnungen machen, aber oft gibt es einen Weg wie es weiter geht und das scheint gerade auch hier zu sein.

Wer Lust hat sich einzubringen, kann dies auf Kundgebungen machen, die es dazu wahrscheinlich noch geben wird und kann im Internet mal nach entsprechenden E-Mail-Verteilern und facebook-Gruppen suchen. Wer sucht, kann sich gerne mal aktiver oder auch passiver beteiligen und die nächsten Schritte begleiten. Lasst euch bitte nicht entmutigen, sondern sucht nach MitstreiterInnen.

forum: Vielen Dank an Jan für das Gespräch!

Frauen von Rollenbildern, Vorbildern, Selbstbildern

von Eva Pohl

Am 8. März ist wieder „Internationaler Frauentag“. Auch in diesem Jahr wird eine Veranstaltung im Historischen Rathaus stattfinden. Am Freitag, den 06.03. 2015 ab 17 Uhr sind alle Kölner Frauen - und auch Männer - herzlich eingeladen, zusammen mit einer großen Anzahl von Frauen und Vertreterinnen von Frauenverbänden zu feiern

Die Veranstaltung beginnt mit dem traditionellen Empfang des Oberbürgermeisters. Sie steht in diesem Jahr unter dem Motto: „Frauen – von Rollenbildern, Vorbildern, Selbstbildern“ und wird durch eine lebendige Darstellung die Vielfalt der Frauen in Köln aufzeigen.

Vier Workshops bieten dann die Möglichkeit, sich zu informieren, zu diskutieren oder nützliche Tipps zu bekommen: Die Themen: „Selbstmarketing“, „Das Bild der Frau in der Werbung“, „Unbezahlte Arbeit in Familie und Ehrenamt“ sowie „Frauen in Köln“ machen sicher die Wahl schwer. Außerdem präsentieren sich wieder ca. 50 Kölner Frauenorganisationen (Netzwerke, Vereine, Verbände, ...) beim Markt der Möglichkeiten zum Netzwerken mit den Besucherinnen und untereinander.

Bereits zum fünften Mal richtet ein breites Aktionsbündnis den Internationalen Frauentag im Rathaus zu Köln aus. Es ist eine Kooperation der Kölner Frauenorganisationen und frauenpolitischen Sprecherinnen unter Federführung der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Köln. Eine große Rolle dabei haben die DGB-Frauen der Region, so auch der GEW – bzw. des Stadtverbandes Köln und der Arbeitskreis Kölner Frauenvereinigungen, in dessen Vorstand eine Vertreterin der DGB-Frauen ebenfalls mitwirkt.

Die Kooperation begann 2011 – aus Anlass des hundertsten Jahrestages – und wird seither erfolgreich fortgesetzt.

Der erste Internationale Frauentag fand am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA statt. Zu der Zeit war die politische Forderung das aktive und passive Wahlrecht



für Frauen. Mehr als eine Million Frauen gingen dafür auf die Straße. 1921 wurde auf der Zweiten Internationalen Konferenz kommunistischer Frauen in Moskau der 8. März zu Ehren der Rolle der Frauen in der russischen Februarrevolution von 1917 als internationaler Gedenktag eingeführt.

Auch wenn verschiedene historische Ereignisse als die Geburtsstunde des Internationalen Frauentages angeführt werden - eines steht fest: Immer sind es Textilarbeiterinnen, von denen die Rede ist.

Die Entstehung des Internationalen Frauentages ist dabei eng mit den auf Leben und Arbeit ausgerichteten Forderungen der Arbeiterinnen verbunden. Die Forderung nach dem aktiven und passiven Wahlrecht, das aus der sozialistischen, sozialdemokratischen und Teilen der bürgerlichen Frauenbewegung kam, führte zwar im Jahre 1919 zum Erfolg, dies verbesserte aber die Situation der Frauen insgesamt nur mäßig.

Grundlage von Gleichberechtigung und Chancengleichheit ist ebenfalls die materielle Existenz, einschließlich der dazu erforderlichen Freiheitsrechte, so zum Beispiel, dass Frauen nach eigener Entscheidung erwerbstätig sein können. Beides gehört zusammen.* Auch heute müssen Frauen noch dafür kämpfen, dass sie gleichberechtigt am Erwerbsleben teilhaben, an politischen Entscheidungsprozessen und gesellschaftlichen Leben sowie am Wohlstand. Leider sieht auch über 100 Jahre nach dem Gedenktag die

EINLADUNG**Der Weg vom 2. Staatsexamen
bis zur Festanstellung**

Endlich Lehrer/Lehrerin – und dann?

Die Veranstaltung findet statt am
Donnerstag, dem 16. April 2015 um 18 Uhr
im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1,
Großer Saal (1. OG).

Themen:

- Befristete Arbeitsverträge
 - Bezahlung
- Krankenversicherung
- Vertretungspool
 - Arbeitssuche
 - Arbeitslosigkeit

Nach einem Referat von Ute Lorenz,
Referentin für öffentliches Dienstrecht,
Beamtenpolitik und Mitbestimmung der
GEW NRW, stehen Personalrätinnen und
Personalräte aller Schulformen und eine
Vertretung des Kölner Arbeits- losenzentrums für die Beantwortung Ihrer Fragen
bereit.

Wirklichkeit im Alltag und in den Betrieben und im öffentlichen Dienst immer noch anders aus.

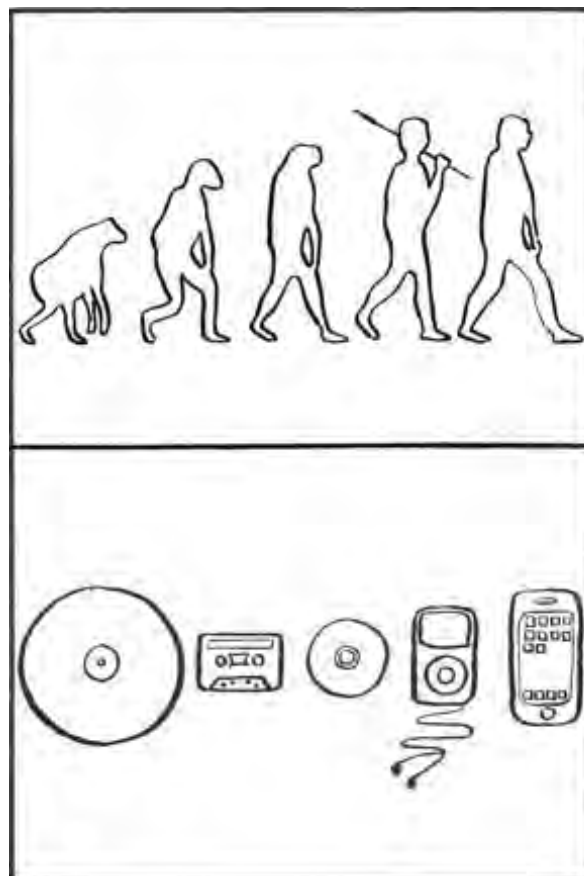
Frauen verdienen für die gleiche Arbeit weniger Geld als Männer – aktuell 22 Prozent. Sie sind wesentlich stärker mit niedrigen Löhnen und unsicherer Beschäftigung konfrontiert und wesentlich seltener in Führungspositionen vertreten. Daher fordern wir DGB-Frauen weiterhin Entgeltgleichheit und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gleiche Karrierechancen und die Reduzierung prekärer Beschäftigung. Dass Frauen im Alter von ihrer Rente bzw. Pension leben können, setzt gute Beschäftigungschancen mit guter Bezahlung voraus.

Wir laden Euch alle ein:

Kommt am 6. März ab 17 Uhr ins Historische Rathaus. Feiert mit uns – bekräftigt unsere Forderungen und nutzt auch die Gelegenheit zum „Netzwerken“. Und wie es sich zum Feiern gehört: lasst uns gemeinsam essen und trinken und lachen.

Eine persönliche schriftliche Einladung als Eintrittskarte ist nicht erforderlich.

Eva Pohl, Vorsitzende des DGB-Stadtfrauenausschusses Köln.



BEM und Wiedereingliederung

Wiedereingliederung, betriebliches Eingliederungsmanagement oder was?

von Martina Brauckmann-Kleis,
Bezirkspersonalrätin für Gymnasien und WBKs

Nach längerer Krankheit, die jeden treffen kann, stehen KollegInnen oft vor vielen Fragen. Da kommt ein Brief von der Bezirksregierung mit der Einladung zum BEM. „Wollen die mich jetzt überprüfen?“ „Nicht doch! Dann kommt die Einladung zum Amtsarzt. „Soll er doch gucken“, denken viele, „ich bin wirklich krank.“ - Aber weit gefehlt.

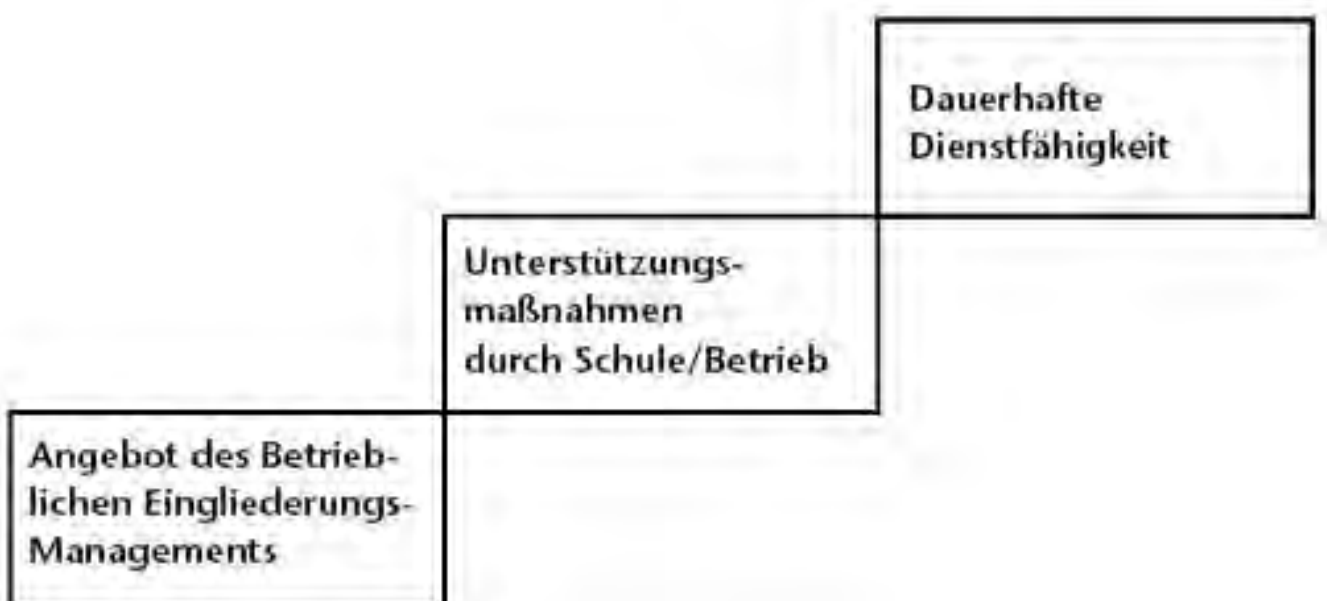
Hier nun eine kleine Übersicht über Maßnahmen, Möglichkeiten und Angebote für Beschäftigte, um wieder einen guten Weg in eine dauerhafte Dienstfähigkeit zu finden.

Am Beginn steht das BEM, das Betriebliche Eingliederungsmanagement. Großer Name! Von manchen gefürchtet (zu Unrecht) von vielen missverstanden. Das BEM ist ein Angebot, das auf Bundesrecht basiert und alle Menschen von ihren ArbeitgeberInnen angeboten werden *muss*, wenn diese Menschen innerhalb von zwölf Monaten länger als sechs Wochen arbeitsunfähig waren aufgrund von Krankheit. Die Bezirksregierung ist also verpflichtet, Ihnen ein BEM anzubieten. Da es ein echtes Angebot ist, können Sie es ohne Probleme ablehnen. Sinnvoll ist so

eine Ablehnung, wenn die Krankheit z.B. in einem Beinbruch bestanden hat, völlig ausgeheilt ist und Sie keinerlei Unterstützung von Seiten der Schule wünschen. Da man nie weiß, was kommen wird, hat es sich in der Praxis als günstig erwiesen, wenn man neben der Ablehnung eine kurze Begründung angibt, da der Bezirksregierung (BezReg) nur die Dauer der Krankheit vorliegt, aber keine Diagnosen.

Nutzen des BEM

Häufig ist es von großem Nutzen, das BEM-Angebot anzunehmen. PersonalrätInnen begleiten Sie gerne in das Gespräch und können Ihnen im Vorfeld helfen, zu entscheiden, wo es stattfinden soll. Das ist abhängig von der Form der Unterstützung, die Sie brauchen. Geht es um Räume oder anderes Equipment der Schule, wäre die Schulleitung die richtige Adresse, sollen bestimmte Dinge z.B. im Stundenplan berücksichtigt werden, ist es oft zielführender, Grundlagen mit der BezReg zu vereinbaren, die dann in der Schule umgesetzt werden. Über das BEM wird ein Protokoll angefertigt, das Ihnen ausgehändigt wird und das keine Angaben über Ihre Krankheit enthalten darf. Im Protokoll wird auch ein Termin festgelegt, zu dem die Umsetzung der Vorgaben des BEM überprüft wird, z.B. wenn der nächste Stundenplan gemacht wird.



Etwas ganz anderes: Die Wiedereingliederung

Nicht zu verwechseln mit dem BEM, auch wenn der Name es nahelegen möchte, ist die Maßnahme der Wiedereingliederung, früher auch „Hamburger Modell“ genannt. Da Hamburg im Bereich Schule jedoch recht erfinderisch ist und es auch das „Hamburger Modell“ als Arbeitszeitmodell für ganze Kollegien gibt, spreche ich hier von der Wiedereingliederung. Bei ununterbrochener, mindestens sechswöchiger Krankheit kann bei der BezReg eine Wiedereingliederung beantragt werden. Das bedeutet, dass man offiziell weiter krank bleibt -Tarifbeschäftigte bekommen weiterhin nur Krankengeld - und arbeitet mit verminderter, in regelmäßigen Abständen wachsender Stundenzahl. Der Wiedereingliederungsplan, den der/die behandelnde ÄrztIn festlegt, kann sechs

Monate umfassen, nach denen die vor der Krankheit unterrichtete Stundenzahl erreicht werden muss. Minimum sind vier Wochenstunden zum Beginn.

Achtung! Die Wiedereingliederung muss beantragt und genehmigt sein, bevor Sie wieder Ihren Dienst antreten.

Wer nur einen Tag dienstfähig war, kann keine Wiedereingliederung mehr beantragen. In der Regel dauert die Bearbeitungszeit ca. eine bis zwei Wochen. Falls sich während der Wiedereingliederung zeigen sollte, dass die Stundenzahl zu schnell ansteigt und damit die Genesung gefährdet ist, kann sie auf Antrag und mit amtsärztlicher Genehmigung auf insgesamt zwölf Monate ausgeweitet werden. Sollten Sie über eine Wiedereingliederung nachdenken, kontaktieren Sie eineN PersonalrätIn!



Amtsärztliche Untersuchung

Bei Erkrankungen, die über drei Monate andauern, wird die BezReg eine amtsärztliche Überprüfung der Dienstfähigkeit einleiten. Hier ist es sehr geraten, sich mit der/dem PersonalrätIn des Vertrauens in Verbindung zu setzen. Da diese Überprüfung auch eine vorzeitige Zurruesetzung zu Folge haben kann, werden immer wieder Wege gesucht und gefunden, um diesen Termin unnötig zu machen oder gut vor-

bereitet einzuhalten. Hier hilft eine persönliche Beratung im Einzelfall.

Für das Jahr 2015 wünsche ich Ihnen und mir, dass Sie diese Informationen möglichst wenig brauchen werden und gesund und mit Freude an der Sache und den Kindern Ihrer Tätigkeit nachgehen können.

Neues vom Elterngeld

Alles über Basiselterngeld, Elterngeld Plus und Partnerschaftsbonus

von Nina Goerges, Rechtsberatung Köln

*Ab Juli 2015 ist es soweit: Es gibt eine Neuregelung in Sachen Elterngeld. Einfacher zu verstehen als die alte Elterngeldregelung ist die geplante Neuregelung leider nicht. Sie bringt aber finanzielle Vorteile für die Mütter und Väter, die schon während des Elterngeldbezugs in Teilzeit arbeiten wollen.
Hier die Änderungen in Kürze.*

Basiselterngeld/Elterngeld Plus

Bisher war es so, dass diejenigen Familien, die sich für eine frühe Arbeitsaufnahme **beider** Elternteile entschlossen hatten insgesamt weniger Elterngeld erhielten, als die Familien, in denen ein Elternteil während der gesamten Bezugsdauer des Elterngeldes zuhause blieb. Dies soll sich nun ändern:

Für die Familien, bei denen ein Elternteil im ersten Jahr ganz zuhause bleiben möchte, bleibt alles beim Alten. Das Elterngeld, nun **Basiselterngeld** genannt, ersetzt in der Regel das Voreinkommen in Höhe von 65 %. Der Anspruch auf Elterngeld besteht 12 Monate. Zwei zusätzliche Monate erhält die Familie, wenn auch der Partner für mindestens 2 Monate den Nachwuchs betreut. Der Mindestsatz beträgt 300 Euro.

Das neue **Elterngeld plus** ist nun vor allem ein Angebot für die Eltern, die auch schon während der Bezugszeit des Elterngeldes in Teilzeit arbeiten möchten. Hier ist es jetzt möglich, jeden Anspruchsmontat nur die Hälfte des oben genannten Elterngeldes zu erhalten, die Anspruchsdauer dafür aber zu verdop-

eln. Für jeden Monat Basiselterngeld gibt es also zwei Monate Elterngeld Plus. Erreicht wird damit, dass nach Ablauf des Bezugszeitraums alle Eltern, egal ob sie gearbeitet haben oder nicht, die gleiche Summe Elterngeld erhalten.

Dabei ist die Kombination von Basiselterngeld und Elterngeld Plus möglich. So kann z.B. ein Elternteil erst einmal für 6 Monate zuhause bleiben und den Höchstsatz des Elterngeldes beziehen. Ab dem 7. Monat kann er oder sie dann wieder in Teilzeit arbeiten und Elterngeld Plus erhalten.

Partnerschaftsbonus

Neben dem Elterngeld Plus ist die Einführung eines Partnerschaftsbonus beschlossen. Wenn beide Elternteile pro Woche zwischen 25 bis 30 Stunden parallel arbeiten, erhält jedes Elternteil Elterngeld Plus nochmals für vier zusätzliche Monate. Auch Alleinerziehende können vier zusätzliche Bonusmonate beantragen, vorausgesetzt sie arbeiten an vier aufeinander folgenden Monaten pro Woche zwischen 25 und 30 Stunden.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat hierzu eine übersichtliche, leicht verständliche Broschüre herausgebracht:

<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/elterngeldplus-leistungen-charts-04062014,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

Alle GEW-Mitglieder können sich bei Fragen natürlich gerne an unsere Rechtsberatung wenden.

Rechtsberatungen im Stadtverband Köln

- Ines Bartenstein, Personalrätin Gesamtschule, berät in Schulfragen und wird unterstützt von Personalrätinnen aller Schulformen. Telefonische Rechtsberatung jeden Montag und Donnerstag von 17.00 bis 19.00 Uhr
- Ines Goerges berät KollegInnen im Sozial- und Erziehungsbereich und betreut alle Betriebsräte.
- Christine Oberhäuser bietet allen Ruheständlern eine persönliche Beratung zu Fragen von Beihilfe, Pflegegeld, Ruhegeld, Witwen- und Witwergeld an.

Terminabsprachen für alle drei Beratungen telefonisch unter 0221-516267
oder per E-Mail: kontakt@gew-koeln.de.

Von der Zipfelmütze zur Krone

Mythos, Kunst und Kultur um die Heiligen Drei Könige

von Helga Löbbert

Meine brennende Frage, wer oder was im Dreikönigenschrein im Dom zur Ruhe gebettet ist, stand gar nicht zur Debatte. Ohne die Heiligen Drei Könige wäre Köln nicht das, was es ist, und den Dom, der quasi als Grabeskirche für die Drei gebaut wurde, gäbe es wohl auch nicht. Folgerichtig beschäftigt sich die Ausstellung nicht mit der Existenz sondern mit dem Erscheinungsbild



der Herren und ihrer politischen Bedeutung. Vor 850 Jahren gelangten die Reliquien der Heiligen Drei Könige von Mailand nach Köln. Erzbischof Rainald von Dassel, der die Reliquien von Mailand „mitbrachte“ - so ganz freiwillig hat sich Mailand nicht von diesem bedeutsamen Schatz getrennt, er fiel Kaiser Barbarossa als Kriegsbeute in die Hände - wusste sicher schon, dass Köln damit zu einer bedeutenden Metropole für Pilger werden würde, zumal er ihr Dasein in die Nähe des Heiligen Thomas rückte. 850 Jahre, dieses Jubiläum ist Anlass zu einer umfangreichen Sonderausstellung. Gezeigt werden in 120 Leihgaben und Werken aus eigenen Beständen die Heiligen Drei Könige in der Kunst quer durch die Jahrhunderte.

Die Geschichte der Heiligen Drei Könige ist auch eine Geschichte interessanter Wandlung. Matthäus spricht im zweiten Kapitel von magi ab oriente, von Weisen aus dem Morgenland, also weder heilig, noch drei, noch Könige. Kronen trugen sie auch nicht von Anfang an. Das bezeugt das älteste Exponat: eine erstaunlich schwungvolle Darstellung des herbei stürmenden Trios, eingeritzt in eine Marmorplatte um 400. Die Magier kommen als junge Männer mit phrygischen Mützen, Zipfelmützen nennt sie der Volks-

mund, und orientalischen Tuniken daher, also keine Juden, sondern Heiden, die nun geleitet vom Stern praktisch die ersten Christen durch die Anbetung des heiligen Kindes wurden. Sie bringen die Gaben Gold, Myrrhe und Weihrauch, Symbole für das Königtum

und die Gottnatur Jesu und die Sterblichkeit als Mensch. Erstaunlicherweise sitzt das Kind auf dem Schoß Marias wie auf einem Thron und greift nach seinen Geschenken, nicht unbedingt das Erscheinungsbild von Neugeborenen. Die Exponate sind nach Themen sortiert. Das Kapitel „Reise der Könige“ bietet Darstellungen, die in diesem Umfang noch nie gezeigt wurden. Der Traum der Könige, ein Kapitell aus der Kathedrale von Autan, im 12. Jahrhundert angefertigt, ist für mich das schönste Stück der Ausstellung. Die drei Könige schlafen gemeinsam unter einer großen Häkeldecke. Es mutet wie die Mittagspause in einer Kita an, wenn die drei nicht Bärte hätten, wobei einer der drei mit der fränkischen Barttracht Karl dem Großen ähnlich sieht. Ein Engel versucht die schlafenden Könige vorsichtig zu wecken. Schlafende Herrscher werden eher selten dargestellt, es passt nicht so zum Herrschaftsanspruch von weltlichen Potentaten. Fürstlich gekleidet sind sie wohl nicht unter ihrer Decke, - ein nackter Arm lugt hervor - aber Kronen tragen sie schon. Im Laufe der Jahrhunderte wird die Kleidung auf den Gemälden immer kostbarer, königlicher. Man passt sich den weltlichen Monarchen an. Wahrscheinlich, weil viele Darstellungen Auftragsarbeiten von Stiftern sind, die sich nicht selten selbst mit abbilden lassen, so Kaiser Maximilian. So wandeln sich die Magier mit Zipfelmützen zu Königen mit Kronen. Ich versuche mir gerade vorzustellen, wie das Kölner Wappen wohl mit drei Zipfelmützen aussähe?

mund, und orientalischen Tuniken daher, also keine Juden, sondern Heiden, die nun geleitet vom Stern praktisch die ersten Christen durch die Anbetung des heiligen Kindes wurden. Sie bringen die Gaben Gold, Myrrhe und Weihrauch, Symbole für das Königtum und die Gottnatur Jesu und die Sterblichkeit als Mensch. Erstaunlicherweise sitzt das Kind auf dem Schoß Marias wie auf einem Thron und greift nach seinen Geschenken, nicht unbedingt das Erscheinungsbild von Neugeborenen. Die Exponate sind nach Themen sortiert. Das Kapitel „Reise der Könige“ bietet Darstellungen, die in diesem Umfang noch nie gezeigt wurden. Der Traum der Könige, ein Kapitell aus der Kathedrale von Autan, im 12. Jahrhundert angefertigt, ist für mich das schönste Stück der Ausstellung. Die drei Könige schlafen gemeinsam unter einer großen Häkeldecke. Es mutet wie die Mittagspause in einer Kita an, wenn die drei nicht Bärte hätten, wobei einer der drei mit der fränkischen Barttracht Karl dem Großen ähnlich sieht. Ein Engel versucht die schlafenden Könige vorsichtig zu wecken. Schlafende Herrscher werden eher selten dargestellt, es passt nicht so zum Herrschaftsanspruch von weltlichen Potentaten. Fürstlich gekleidet sind sie wohl nicht unter ihrer Decke, - ein nackter Arm lugt hervor - aber Kronen tragen sie schon. Im Laufe der Jahrhunderte wird die Kleidung auf den Gemälden immer kostbarer, königlicher. Man passt sich den weltlichen Monarchen an. Wahrscheinlich, weil viele Darstellungen Auftragsarbeiten von Stiftern sind, die sich nicht selten selbst mit abbilden lassen, so Kaiser Maximilian. So wandeln sich die Magier mit Zipfelmützen zu Königen mit Kronen. Ich versuche mir gerade vorzustellen, wie das Kölner Wappen wohl mit drei Zipfelmützen aussähe?

Danke Manfred!

von Renate Boese und Anne Ruffert

Manfred Etscheid war den meisten Mitgliedern der GEW NRW und der Bundes-GEW (dort auch für den Ausschuss Migration, Diversity und Antidiskriminierung tätig) bekannt als der Gesundheits-experte schlechthin, mit dem Spezialgebiet Schadstoffbelastungen /Gefahrstoffe. Alles, was mit dem Arbeits- und Gesundheitsschutz für Kolleginnen und Kollegen in allen Bildungseinrichtungen hier in NRW und darüber hinaus in anderen Bundesländern zu tun hatte, erfragt, erarbeitet, fundiert thematisch kommentiert wurde, werden musste: Manfred stellte sein enormes Wissen und seine langjährigen Erfahrungen zur Verfügung, erweiterte beides ständig mit den Problemstellungen, die an ihn herangetragen wurden. Er engagierte sich vielfach über seine Kräfte hinaus: im Hauptpersonalrat Gesamtschulen, im Referat F Personalvertretungsrecht, in der Arbeitsgruppe Arbeits- und Gesundheitsschutz und dann in dem aus dieser AG entstandenen Referat L. Besuchte schadstoffbelastete Bildungseinrichtungen, referierte auf Personalratsschulungen, hielt Referate zum Thema auf Anfrage - und vermittelte gleichermaßen die rechtlichen Grundlagen sowie deren Bewertungen für die Weiterarbeit, auch in der Öffentlichkeit.

Noch während seiner Erkrankung gab er wichtige Impulse und meldete sich sogar noch kurz vor seinem Tod mit einem vom WDR gesendeten Hörerbeitrag zum investigativen Journalismus bezüglich der Schwierigkeiten für Journalisten, an Informationen zur Gesundheitsgefährdung an Schulen zu kommen.

Er war mutig und insistierend in seinen berechtigten Forderungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz aller an ihrem Arbeitsplatz Betroffenen in der GEW NRW, in seinen Forderungen an die GEW NRW, an Kommunen, Landtag, Landesregierung und Ministerien. Wer sich so in den Zielen einer besseren Gesundheitsfürsorge und Gesundheitsvorsorge verliert wie Manfred Etscheid, eckt schon mal an, ist unbequem. Aber Manfred hat seine Vorreiterrolle angenommen, trotz vieler Enttäuschungen auf diesem Weg.

Als ich meine Zusammenarbeit mit ihm im Referat F 1988 begann, konnte er mich gleich für seine Vorhaben zum Thema Gesundheit am Arbeitsplatz gewinnen. Es gab dann eine feste Gruppe von Menschen, die seine gesamte Persönlichkeit und sein Engagement in der Sache hoch wertgeschätzt haben. Nur mit Manfred haben wir in der GEW NRW den Arbeits- und Gesundheitsschutz so etablieren können und von ihm unendlich viel gelernt und profitiert. Traurig, dass du selber dir nicht mehr helfen konntest. Dein Wirken in der GEW NRW wird noch lange fortleben.

EINLADUNG

zur Wechselausstellung
**Immer bunter.
 Einwanderungsland
 Deutschland**
 mit Führung

**am Donnerstag, 5. März 2015 im
 Haus der Geschichte in Bonn**
 (U-Bahn-Station:
 Heussallee - Linie 16, 63 oder 66
 ab Bonn Hbf).

Treffpunkt: 10.45 Uhr
 im Foyer des Museums

Weitere Ausstellungen: „Festakt oder
 Picknick? Deutsche Gedenktage“ im
 Foyer und „Aufbruch im Osten“ in
 der U-Bahn-Galerie (50 Aufnahmen
 des ehemaligen „stern“-Fotografen
 Harald Schmitt)

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt; des-
 halb bitte bei der GEW-Geschäfts-
 stelle verbindlich anmelden und
 im Verhinderungsfall auch wieder
 abmelden!

Zum Ausruhen und Stärken ist das
 Museumscafé ab 13 Uhr reserviert,
 bei der Anmeldung
 bitte mit angeben.



EINLADUNG

Supervision für Lehrerinnen und Lehrer

Lehrerinnen und Lehrer empfinden sich oft als Einzelkämpfer und sind bemüht, Schwierigkeiten allein und fehlerfrei zu bewältigen.

In der Supervision werden berufliche Probleme aufgegriffen, um dann gemeinsam in der Gruppe nach Lösungen zu suchen.

Durch die Reflektion des eigenen Handelns erfahren Lehrerinnen und Lehrer Stärkung in ihrer beruflichen Rolle sowie persönliche Entlastung.

Darüber hinaus fördert die kollegiale Diskussion einen leichteren Umgang mit problematischem Schülerverhalten und hilft bei Problemen im Kollegium. Damit leistet die Supervision einen wesentlichen Beitrag zu einer höheren Arbeitszufriedenheit.

Die GEW bietet zwei Supervisionsgruppen an, die sich alle 3-4 Wochen jeweils dienstags bzw. donnerstags treffen. Die Termine werden mit den Teilnehmern und dem Supervisor jeweils für 4 Termine beim 1. Treffen vereinbart.

Kosten für 4 Termine: GEW-Mitglieder 40 Euro (Nichtmitglieder 80 Euro).

Moderiert werden die Gruppen von Frank Schneider (Systemischer Supervisor und IBSO-Köln).



Sein Motto hieß:

»Dennoch«

Nachruf auf Ralph Giordano

von Roland Kaufhold

Ralph Giordano war 22 Jahre alt, als er am 4. Mai 1945, dem Tode näher als dem Leben, nach mehrjährigem Überlebenskampf aus seinem Versteck, einem dunklen Loch einer Ruine in Hamburg, kroch. Dass er noch lebte, gemeinsam mit seiner Mutter Lea, vermochte er selbst kaum zu glauben. 40 Jahre später, beim Erscheinen seines Bestsellerromans „Die Bertinis“ war dieser am 20. März 1923 in Hamburg geborene jüdische Publizist und Filmemacher eine öffentliche Person. Er symbolisierte mit seiner Vita als einer der wenigen jüdischen Publizisten, die »dennoch« in Deutschland geblieben waren, die existenzielle Notwendigkeit des Erinnerns. Die Bertinis wird Giordanos bedeutsamstes Werk bleiben. 1988 wurde das Werk als fünfteilige Fernsehserie ausgestrahlt. Ralph Giordano, als Sohn eines Pianisten und einer jüdischen Klavierlehrerin in Hamburg aufgewachsen, überlebte die Jahre der Verfolgung. Er hatte unglaubliches Glück gehabt. Kurz nach dem Krieg wurde er Journalist, publizierte von Anfang an und bis heute für die Jüdische Allgemeine, bald auch für den WDR. Einem Millionenpublikum bekannt wurde er durch seine Fernsehdokumentationen: Bis 1988 produzierte Giordano mehr als 100 dramatische, aufklärend konstruierte Dokumentationen und Reportagen aus zwölf europäischen und 25 asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern. Und dann die Bücher, die in ihrer Summe ein Millionenpublikum erreichten: Die zweite Schuld oder Von der Last, Deutscher zu sein ist Giordanos bekannteste Auseinandersetzung mit dem Fortleben des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik. 1991 legte er mit Israel, um Himmels willen, Israel eine informative Rundreise durch Geschichte und Gegenwart des jüdischen Staats vor. Es ist eine sehr persönliche, leidenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Ort seiner Liebe. Weitere Bücher: Ich bin angenagelt an dieses Land. Es finden sich hierin Würdigungen des von ihm geschätzten Carl von Ossietzky und des zwangsweise aus der Sowjetunion nach Köln übergesiedelten Lew Kopelew. Und er formuliert auch sein stolzes Bekenntnis »Ich bin und bleibe Hamburger«. Seine Kinder- und Jugendzeit im Hamburger Versteck blieb prägend für ihn, trotz seines 50-jährigen Wirkens in Köln. In Hamburg

wurde er immer wieder geehrt; in Köln gab es hingegen - mit Ausnahme eines Bandes von Peter Finkelgruen - keinerlei Versuche, seinen 90. Geburtstag zu feiern. Der 67-Jährige erinnert sich an »Freunde, Helfer, Lebensretter« - und spürt doch immer wieder die Verletzlichkeit seines seelischen Abwehrsystems: »Die Erinnerungen daran werden durch keine Zeit geheilt, im Gegenteil. «Ralph Giordano blieb ein Überlebender. Sein Credo: »Ich bin geblieben, weil die Täter geblieben sind und weiter gewirkt haben - ich wäre mir wie ein Deserteur vorgekommen, wenn ich gegangen wäre. « Nach den Ausschreitungen in Hoyerswerda 1991 sowie den Mordanschlägen von Mölln und Solingen, nachdem ihn brieflich die 221. Morddrohung erreicht hatte, rief er öffentlich zur bewaffneten Gegenwehr auf. Unvergessen seine Titulierung eines Oberstaatsanwaltes als »emotionslosen Ochsenfrosch«, in einer Rezension von Peter Finkelgruens Buch Haus Deutschland. Ralph Giordano ist keiner Auseinandersetzung aus dem Weg gegangen, wenn er sich für Weggenossen engagierte. Auch wenn es einige Freunde irritierte, wie seine geharnischte Kritik an dem Kölner Moscheebau 2007. Zurückgenommen, bedauert hat Giordano seine deutlichen Worte nie. Sie blieben für ihn lebensnotwendig. Abschiede prägten Giordanos letzte Lebensjahre. Der Tod seiner zwei Ehefrauen an Krebs setzte ihm schwer zu. Und doch hat er seine publizistische Produktivität nie abbrechen lassen. Sie war seiner Verbundenheit mit den Ermordeten geschuldet. 2007 legte Giordano mit Erinnerungen eines Davongekommenen noch einmal eine grandios geschriebene autobiografische Schrift vor. »Ich bin ein Glückskind und weiß das auch«, bemerkte Ralph Giordano in seinen Erinnerungen ganz nebenbei. Am 10. Dezember ist Ralph Giordano im Alter von 91 Jahren in Köln gestorben.

Gekürzte Version eines Nachrufes aus der Jüdischen Allgemeinen, 10.12.2014: <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/20980>
Wir danken der Jüdischen Allgemeinen für die Nachdruckrechte.

Literaturtipp: Peter Finkelgruen (Hg.) (2013): Jubeljung begeisterungsfähig: Zum 90. Geburtstag von Ralph Giordano (Books on Demand)

EINLADUNG

Gesund bleiben am Arbeitsplatz Schule

Welche Rechte und Pflichten hat der Lehrerrat hierbei?

Seit Beginn des Schuljahres 2013/14 gibt es auch Vertiefungsfortbildungen für Mitglieder in Lehrerräten. Diese Fortbildungen bauen auf den Basisqualifizierungen auf. Wir laden zu einer solchen Fortbildung zum Thema „Gesund bleiben am Arbeitsplatz Schule – welche Rechte und Pflichten hat der Lehrerrat hierbei?“ ein.

Für jede Fortbildung gilt, dass Mitglieder in Lehrerräten über die Teilnahme selbst entscheiden, den TeilnehmerInnen keine Kosten entstehen, die Teilnahme im besonderen dienstlichen Interesse liegt und die TeilnehmerInnen Sonderurlaub erhalten.

Die Fortbildung findet statt im
DGB-Haus in Köln
am Donnerstag, den 19. Februar 2015,
von 9.00 bis 16.30 Uhr.

Bitte melden Sie sich bis zum 5. Februar 2015 an.
Direkt nach diesem Anmeldetermin erhalten Sie von uns eine schriftliche Anmeldebestätigung an Ihre Schulanschrift.

GEW NRW
zu Händen Svenja Tafel, Nünningstr. 11, 45
141 Essen
Tel: 0201/ 29 403 - 58
svenja.tafel@gew-nrw.de

Weitere Informationen:
Hildegard Merten
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln - Tel. 0221/
51 62 67
kontakt@GEW-koeln.de



EINLADUNG

zu einem theaterpädagogischen Workshop

Der Lehrer als Zentralfigur

Als Lehrkraft stehen Sie als Zentralfigur vor Ihrer Klasse. Besonders für ReferendarInnen ist dies ungewohnt. In diesem Workshop erhalten

Sie Impulse für Ihr körpersprachliches Auftreten, um souverän und wirksam vor der Klasse zu agieren. Sie erfahren Techniken und Tipps, wie Sie mit Anspannungen oder Stress umgehen können.

Zielgruppe:

ReferendarInnen, LehrerInnen, LehramtsstudentInnen aller Schulformen.

Die Übungen führt die Theaterpädagogin Claudia Timpner durch. Sie leitet das Institut www.kreativ-impulse.de.

Donnerstag, 5. Februar 2015,
von 17 Uhr bis 20 Uhr, DGB-Haus Köln,
Hans-Böckler-Platz 1,
Großer Saal (1. OG),

U-Bahn-Linien: 3, 4 und 5

Der Workshop findet auf Initiative der Fachgruppe Gymnasium der GEW Köln statt. Die Teilnahmegebühr für Nichtmitglieder beträgt 15 Euro, für GEW-Mitglieder und Studenten ist die Teilnahme kostenlos. Eine Anmeldung ist wegen der begrenzten Teilnehmerzahl erforderlich:
kontakt@gew-koeln.de

**Lärmampel**

Alles im grünen Bereich *oder* Alles viel zu laut?
Das lässt sich feststellen!

Eine Lärmampel ist ein objektives Messgerät, das Lärm „sichtbar macht“. Sie trägt dazu bei, dass Lärm bewusst wahrgenommen und freiwillig reduziert wird. Einstellbar auf eine beliebige Dezibelzahl, reagiert die Lärmampel bei Überschreitung zunächst durch den Wechsel von grün auf gelb. Bei einem weiteren Anstieg des Lärms schaltet sie um auf rot. Ein akustisches Signal kann zugeschaltet werden, das sich beim Überschreiten der eingestellten Dezibelzahl mit einem Signalton meldet. Die Lärmampel sieht aus wie eine Verkehrsampel und vermittelt die gleichen Signale wie eine normale Ampel. Die Funktion ist somit für groß wie für kleine Kinder nicht neu und einfach nachzuvollziehen. Testen Sie den Lärmpegel in Ihrer Klasse oder Einrichtung! Lärmampeln können in unserer GEW Geschäftsstelle kostenlos für vier Wochen ausgeliehen werden. Nehmen Sie einfach Kontakt zu uns auf! kontakt@gew-koeln.de oder 0221-516267

Pausengespräche Szenen in einem Lehrerzimmer

Wie kommt man an ein Exemplar?

Die Pausengespräche erscheinen im Eigenvertrieb. Deshalb könnt Ihr Euch direkt an mich wenden, unter:
w.hardenacke@gmx.de.

Ihr könnt aber auch in der Geschäftsstelle der GEW (kontakt@gew-koeln.de), Hans-Böckler-Platz 1, direkt Exemplare kaufen.

Der Bezugspreis für GEW-Mitglieder beträgt 5,00 €, für Nichtmitglieder 6,00 €, die Versandkosten betragen 1,50 €.

Falls es in Eurer Fachgruppe oder Schule mehrere Interessenten gibt, dann empfehle ich Euch **eine Sammelbestellung** aufzugeben.

Wolfgang Hardenacke
Telefon: 0221 2856999
Mobilfunk: 0160 95260704

Abgebrüht und ahnungslos!?!

von Wolfgang Hardenacke

„Manchmal habe ich das Gefühl, die Menschheit ist am Ende ihrer Möglichkeiten“, seufzt Petra Rath: „der Globus völlig ausgelaugt, Ebola und IS anteporatas, fast alle Marinehubschrauberflugunfähig am Boden und die meisten Brücken kurz vor dem Einsturz. Hörsäle platzen aus den Nähten, Flüchtlingsunterkünfte auch.“ „Und weit über tausend Hooligans und Neonazis mischen die halbe Kölner Innenstadt auf und treten das Gewaltmonopol des Staates mit Füßen“, meint Rainer Brück. „Wie seid ihr denn drauf?“, wundert sich Benno Weiß, „so viel Pessimismus bin ich an diesem Tisch nicht gewohnt. Gehts auch eine Nummer kleiner?“. „Times are changing“, antwortet Anne Pesch, die Biologielehrerin, und weist darauf hin, dass seit einigen Monaten in Deutschland ein erbitterter Streit darüber tobt, wie weit Kindergärten und Schulen bei der Sexualaufklärung gehen dürfen. Vielen Eltern offensichtlich zu weit, denn 1000 von ihnen demonstrierten hier vor dem Dom gegen die „Frühsexualisierung der Kinder in Kitas, Kindergärten und Schulen“. „Was ist eigentlich konkret mit Frühsexualisierung gemeint?“, will Rainer Brück wissen. „In den Augen der demonstrierenden Eltern“, antwortet Kollegin Pesch, „müssten Neunjährige in der Grundschule Themen behandeln wie „Was bedeutet es, Sex zu haben“, oder: „Was ist ein Orgasmus?“. Nach Meinung der besorgten Eltern und auch meiner Meinung nach sollte man hier behutsamer vorgehen.“ „Ich stelle mir das auch sehr schwierig vor, die richtigen Worte und den richtigen Zeitpunkt zu finden für eine Sexualaufklärung in Schule“, meint Kollege Brück. „Ein Beispiel“, antwortet Anne Pesch, „der Sozialpädagoge Uwe Sielert hat gerade eine Studie fertiggestellt, in der hundert Grundschullehrkräfte befragt wurden. Die Hälfte von ihnen gab an, dass im Unterricht viele Kinder in Sachen Sexualität Fragen stellen und Themen ansprechen, die für ihr Alter eigentlich unangemessen seien. - Abgebrüht und ahnungslos zugleich.“ „Das wundert mich nicht“, findet Kollege Weiß, „denn es wimmelt doch vor allem im Internet nur so von Sex und Pornographie.“ „Genau!“, fährt Kollegin Pesch fort, „aber wer beantwortet die Fragen dieser Kinder jetzt am besten?“ „Zu meiner Kinderzeit Ende der 60er Jahre“, erinnert sich Rainer Brück, „hat unser Biologielehrer die Eierstöcke der Frau noch so erläutert: „Die Mutter hat in ihrem Unterleib zwei wunderbare Schatzkästlein. In jedem leben tausend kleine Eierlein. Den Schlüssel für die Kästlein hat der Vater“. Wen wundert es, dass wir solche Themen lieber mit unseren Freunden besprochen haben!“ „Von denen ihr aber nur Halbwissen erfahren konntet - und das ist heute immer noch so“, konstatiert Anne Pesch. „Da bleiben ja nur noch die Eltern“, stellt Kollege Brück fest. „Mit ihnen sprechen aber nur noch ein Drittel der Zehn- bis Zwölfjährigen über Sexualität. Sielert meint, dass die Kinder ihre Eltern nicht beschämen wollen.“ „Überhaupt spielt Scham eine große Rolle“, meint Kollege Weiß, „ich beobachte, dass diejenigen Kinder, die im Unterricht große Scham offenbaren, sich schnell dem Gespött der anderen aussetzen.“ „Für unsere vermeintlich aufgeklärte Gesellschaft“, fährt Kollegin Pesch fort, „sind die wahren Tabus das Schweigen, die Unsicherheit und die Wissenslücken in unseren privaten Beziehungen. Einen Weg, die Sprachlosigkeit zu beenden, sehen viele Expertinnen und Experten zum Beispiel in dem Aufklärungsbuch Make Love. Aufklärungsbücher verbreiten manchmal zwar den Charme von Wartezimmern und muffigen Klassenräumen. Dieses Buch allerdings ist unverklemmt, liebevoll und auf der Höhe der Forschung. Ich lasse Make Love in meinem Bio-Unterricht wenigstens einmal rumgehen, so dass die SchülerInnen darin blättern können und eine andere Quelle über Sexualität entdecken, als die der Pornographie im Netz.“ Benno Weiß, der das Buch auch kennt, fügt hinzu: „Vielleicht sollten wir es auch in mehreren Exemplaren in unserer Schulbibliothek bereithalten. Vor allen Dingen sollten es die Eltern lesen, denn sie müssen spätestens dann vorbereitet sein, wenn bei ihren 15- bis 17jährigen Kindern „das erste Mal“ auf der Tagesordnung steht.“ „Apropos Geschlechtsverkehr“, meint Kollegin Rath, „die Band Köbes Underground hat dazu ein tolles Lied geschrieben, damals auf der Stunksitzung hat der Saal getobt „Übrigens nach dem bekannten Ohrwurm Love is in the air“ von John Paul Young, fällt Kollege Weiß, Meister der nervtötenden Klügelei, seiner Kollegin ins Wort. Doch die lässt sich nicht ablenken und fordert ihn auf, mit ihr gemeinsam zu singen: „Der Geschlechtsverkehr wird im Allgemeinen total überbewertet / im häuslichen Umfeld und auch in den Einrichtungen der Jugendwohlfahrtsverbände / als gäbe es nicht genügend andere Probleme“. Der Gesang ruft eine gewisse Unruhe im Lehrerzimmer hervor. Die Einen wirken ein wenig verstört, Andere wiederum singen schließlich mit: „Der Geschlechtsverkehr wird von der Jugend auch nicht als problematisch empfunden / Er wird erst zum Problem wenn er überhaupt nicht stattfindet.“ In den ausufernden Gesang hinein betritt die Schulleiterin Wesseling das Lehrerzimmer, stutzt einen Moment und meint: „Wir sind hier doch nicht in der Stunksitzung.“ Worauf alle im Chor antworten: „Leider!“



KZ Auschwitz befreit
27. 1. 1945

Gedenkstunde für
die Opfer des
Nationalsozialismus
27.1.2015

Erinnern

Eine Brücke in die Zukunft

Dienstag,
27. Januar 2015, 17.30 Uhr

AntoniterCityKirche
Schildergasse

ca. 19.00 Uhr
Mahngang zum Museum
für angewandte Kunst.
Dogan Akhanli, Schriftsteller

Es wirken mit:
Elfi Scho-Antwerpes
Bürgermeisterin der Stadt Köln

Maria Amann, Schauspielerin
Axel Gottschick, Schauspieler
Josef Tratnik, Schauspieler

Markus Reinhardt Ensemble

Projektgruppe Gedenktag